



STELLUNGNAHME zum Antrag GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	2019/0710
	Verantwortlich:	Dez. 1

Unterzeichnung des ICAN-Städteappells für den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	24.09.2019	23	x	

Kurzfassung

Die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion fordert die Stadt Karlsruhe auf:

- Das Engagement des Bündnisses „International Campaign to Abolish Nuclear Weapons“/ „Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“ (ICAN) zu begrüßen,
- den Städteappell der Deutschen Sektion von ICAN zu unterstützen und zu unterzeichnen,
- ihre Unterstützung im Netzwerk ihrer internationalen Städtepartnerschaften zu kommunizieren und für vergleichbare Beschlüsse zu werben,
- ihre Unterstützung innerhalb des Städtetags Baden-Württemberg und des Deutschen Städtetags zu kommunizieren und für eine Unterstützung des Städteappells zu werben.

Die Verwaltung empfiehlt dem Antrag zu zustimmen.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Korridor Thema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Hintergrund

Im Ende Februar 2019 erschienenen Rundbrief an die deutschen Mitglieder des Friedensnetzwerks „Mayors for Peace“ (die Stadt Karlsruhe ist seit 2014 Mitglied) wurde auf den ICAN Städteappell „#ICANSave meine Stadt“ aufmerksam gemacht. Mayors for Peace sind Partner der 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Organisation „International Campaign to Abolish Nuclear Weapons“/ „Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“ (ICAN).

Das globale Bündnis ICAN besteht aus über 450 Nichtregierungsorganisationen in 100 Ländern mit Hauptsitz in Genf und hat sich der Völkerverständigung und dem Einsatz für die Ächtung von Atomwaffen, für Abrüstung und Frieden verpflichtet. ICAN begleitete den Prozess zum UN-Vertrag für ein Atomwaffenverbot. Nun mobilisiert man weiterhin für die Unterzeichnung, Ratifizierung und Anerkennung dieses Vertrages.

Ziel des Städteappells:

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschlands zum Beitritt des 2017 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrags zum Verbot von Atomwaffen zu bewegen.

Inhalt des Städteappells:

„Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Folgende deutsche Städte sind neben den internationalen Städten wie Los Angeles, Manchester oder Sydney dem Appel bereits angeschlossen:

- Mainz, unterzeichnet durch OB Michael Ebling, Feb. 2019
- Wiesbaden, Beschlossen vom Magistrat, Feb. 2019
- Marburg, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, Feb. 2019
- Köln, unterzeichnet durch die Oberbürgermeisterin Henriette Reker, März 2019
- Potsdam, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, unterzeichnet durch OB Mike Schubert, März 2019
- München, unterzeichnet durch OB Dieter Reiter, März 2019
- Göttingen, Ratsbeschluss, März 2019
- Reinheim, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, März 2019
- Dortmund, März 2019
- Bremen, Senatsbeschluss, unterzeichnet durch BM Carsten Sieling, April 2019
- Schwerin, Beschluss der Stadtvertretung, April 2019
- Düsseldorf, Ratsbeschluss, April 2019
- Kaiserslautern, Ratsbeschluss, April 2019.

Die Verwaltung erachtet eine klare, friedenspolitische Grundhaltung der Stadt Karlsruhe sowie die politischen Aktivitäten der Netzwerke Mayors for Peace und ICAN für gesellschafts- und globalpolitisch sinnvoll und notwendig. Im April 2019 wurden die Inhalte des Städteappells durch die Verwaltung sachlich und rechtlich geprüft und eine Vorlage für die Gemeinderatssitzung im September (begründet durch die Kommunalwahlen im Mai 2019 und geplant zum Anlass des „Internationalen Tag des Friedens“ am 21. September 2019) bereits beschlossen.

Die Verwaltung sieht die Unterzeichnung des Städteappells ebenfalls als Teil der im September 2015 von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabschiedeten Agenda 2030. Diese enthält politische Ziele für eine nachhaltige Entwicklung („Sustainable Development Goals“, „SDGs“). Nachhaltige Entwicklung wird dabei als eine umfassende Entwicklung in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht verstanden. Der Deutsche Städtetag ist Partner der Agenda 2030.

Unter dem Ziel Nummer 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ wird Folgendes definiert:

Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Die Verwaltung empfiehlt dem Antrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion zu zustimmen.